



Präsent sein



Facebook

Es den Medien recht zu machen, ist für Politiker so gut wie unmöglich. Zeigen sie sich zu oft, wird ihnen „Omnipräsenz“ vorgeworfen, machen sie sich rar, wird sofort die Frage gestellt: „Wo ist eigentlich...?“

Das Problem, das heute viele Medien haben, ist, dass ihnen die Deutungshoheit immer mehr verlorengeht. Politiker verfügen inzwischen über eigene Möglichkeiten, sich darzustellen und ihre Ansichten kundzutun. Die Plattformen der „sozialen“ Medien, die das möglich machen, müssen wir an dieser Stelle nicht einzeln aufzählen.

Franziska Giffey nimmt in ihrer Aufgabe als Regierende Bürgermeisterin sehr viele Termine wahr, protokollarisch vorgeschriebene, andere wichtige und auch weniger wichtige. Das war bei ihren Vorgängern **Michael Müller** und **Klaus Wowereit** nicht anders. *Facebook* und *Twitter* eroberten erst ab 2006 die Welt, da war Wowereit schon fünf Jahre im Amt. Müller näherte sich ab 2014, als er das Amt übernahm, erst langsam den neuen, von der Profipresse unabhängigen, Medien, postete dann aber im Wesentlichen Bilder von dienstlichen Ereignissen.

Franziska Giffey war schon als Familienministerin in den „sozialen“ Medien unterwegs und erst recht als Regierende Bürgermeisterin. Sie postet nicht nur Dienstliches, sondern auch Privates. Das Foto zeigt sie bei einem Urlaub an der Ostsee. Ob es sein muss, ein Foto zu veröffentlichen, wo sie im Liegestuhl sitzend den Tagesspiegel liest, ist auch fraglich. Ostsee-Urlaub Ja, Tagesspiegel Nein. Warum sollen Politiker nicht auch ihr Privatleben für die Menschen

öffnen? Zu trennen gilt dennoch Dienstliches von Privatem. Das klar abzutrennen und eine Vermischung zu vermeiden, ist Sache der Regierenden Bürgermeisterin selbst. „Social Media“ ist längst in der Senatskanzlei angekommen.

„Aufgebaut hat das Social-Media-Angebot der Senatskanzlei unter Giffey's Vorgänger **Michael Müller** ein Mitglied der Linkspartei, nämlich **Kathi Seefeld**, damals wie heute stellvertretende Senatssprecherin.“, schreibt **Joachim Fahrn** in einem Kommentar in der **Berliner Morgenpost**. Den Linken überlässt Giffey dieses Feld nicht mehr. Am 1. September veröffentlichte der Senat folgende Pressemitteilung:



„**Katrin Münch-Nebel** leitet ab heute die Abteilung IV Kommunikation und Information der Senatskanzlei. Die 42-jährige verantwortet damit fortan für die Regierende Bürgermeisterin unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit, den Bereich Social Media und die Koordinie-

rung von *berlin.de*. Derzeit sind insgesamt rund 25 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Abteilung beschäftigt. Foto: *de.linkedin.com*

Zuletzt und seit Februar 2021 war **Katrin Münch-Nebel** als Strategie-Direktorin bei der Berliner Agentur ressourcenmangel tätig, wo sie im November 2019 zunächst als Senior Strategin begann. Davor arbeitete **Münch-Nebel** mehrere Jahre für den SPD-Partei-vorstand, unter anderem als Leiterin des Büros der damaligen SPD-Vorsitzenden **Andrea Nahles** und als Leiterin der Abteilung Kommunikation.

Sprecherin des Senats bleibt **Lisa Frerichs**, mit der **Katrin Münch-Nebel** eng zusammenarbeiten wird. **Lisa Frerichs** berichtet direkt an die Regierende Bürgermeisterin, ist weiterhin erste Ansprechpartnerin für Presse- und Medienanfragen und verantwortet sowohl die kurzfristige, tagesaktuelle als auch die langfristige, strategische Pressearbeit der Regierenden Bürgermeisterin und des Senats.“

Klare Ansage. **Joachim Fahrn** kommentiert unter der Überschrift „Werbeagentur Franziska Giffey“: „Die Kommunikation der Regierungszentrale ist auf Social-Media-Aktivitäten der Chefin zugeschnitten. Die Neue besetzt im Roten Rathaus einen Posten, den es so nicht gab.“ Das Presse- und Informationsamt des Landes Berlin, also die Abteilung IV der



Senatskanzlei, hat bislang immer die Sprecherin des Senats sozusagen mitgeleitet. Das war der Fall bei allen drei Sprecherinnen von **Michael Müller, Daniela Augenstein, Claudia Sünder** und **Melanie Reinsch**. Augenstein sogar im Range einer Staatssekretärin, was nach ihrem Ausscheiden verändert wurde, den Dienstwagen durften Sünder und Reinsch aber behalten.

Joachim Fahrn hat festgestellt, dass die Schaffung einer neuen Abteilungsleiterstelle „den Koalitionspartnern von Grünen und Linken“ „sauer aufgestoßen“ ist. Es sei offenbar eine „persönliche Angelegenheit“. „Verräterisch ist in dieser Hinsicht“, schreibt Fahrn, der Satz in der Pressemitteilung, dass Münch-Nebel „fortan für die Regierende Bürgermeisterin unter anderem die Öffentlichkeitsarbeit, den Bereich Social Media und die Koordinierung von berlin.de.“ verantwortete. „Für die Regierende Bürgermeisterin“ – also nicht für den Senat von Berlin, sondern für Giffey als Person, stellt Fahrn fest. Und: „Die PR-Fachfrau ergänzte ihren ersten Tweet aus der neuen Position mit dem von Giffey's SPD im Wahlkampf eingeführten Claim #Herzessache.“

Was machen eigentlich die beiden stellvertretenden Senatssprecher **Sebastian Brux** (Grüne) und **Kathi Seefeld** (Linke)? **Joachim Fahrn**: „Seinerzeit hatte der Müller-Senat entschieden, die von den Koalitionspartnern gestellten Senatssprecher mit echten Aufgaben im Roten Rathaus zu betrauen und sie in die Alltagsarbeit einzubinden. Seefeld machte Social Media, der Grüne Julian Mieth kümmerte sich um Veranstaltungen. Jetzt sind Seefeld und Mieths Nachfolger **Sebastian Brux** im SPD-roten Rathaus nur noch mehr oder weniger geduldet, haben in der Abteilung nichts zu tun und werden in die offizielle hausinterne Kommunikation kaum noch eingebunden.“

„Diese Weichenstellung passt ins Bild.“, so Fahrn weiter. „Seit Giffey's Amtsantritt, so berichten altgediente Rathaus-Leute, werde in der Regierungszentrale stärker als bislang eine SPD-Zelle installiert. Die von Münch-Nebel übernommene Abteilung zählt mittlerweile rund 25 Köpfe. Nicht wenige davon sind junge Menschen, die Giffey oft begleiten und sie für ihre Social-Media-Kanäle in Bild und Ton setzen. Das ist wie Giffey's Werbeagentur, sagen böse Zungen im Rathaus.“ Nun, diesen Vorwurf musste sich **Michael Müller** auch gefallen lassen, weil seine engsten Mitarbeiter **Robert Drewnicki** und **Andreas Schwager** auch SPD-Mitglieder waren bzw. sind. Na und? Jeder Regierungschef, Minister oder Senator schaut sich zuerst im Parteiapparat um, ob sich ein geeig-

netter Mitarbeiter finden lässt. Schließlich geht es um Vertrauenspositionen. Andererseits muss die Mitgliedschaft in der passenden Partei kein Qualitätsmerkmal sein. Es gibt auch Beispiele dafür, dass Externe zum Zuge kommen können

In früheren Jahren war es so, dass nicht nur der Regierende Bürgermeister, sondern auch die Senatoren vom Parlament gewählt wurden. Das verhalf ihnen zu einer besonderen Wertigkeit gegenüber dem Senatschef. Heute werden die Senatoren vom Regierenden Bürgermeister ernannt und können auch von ihm entlassen werden. Die Regierende Bürgermeisterin ist somit viel mehr Chefin als in früheren Jahren.

Franziska Giffey hat zu Beginn ihrer Amtszeit erklärt, dass die Bürger ein Recht darauf haben, von ihr direkt zu erfahren, was der Senat beschlossen hat und plant. Seitdem nimmt sie an jeder Pressekonferenz im Anschluss an die Senatsitzungen teil. Das war bei Wowereit und Müller anders. Wenn sie auftauchten, wussten die Journalisten, dass es etwas Besonderes zu berichten gibt.

Dass die anderen Senatoren, der eigenen und vor allem der anderen Parteien, lieber gern allein vor der Presse sitzen möchten, ist verständlich. „Rote und grüne Senatsmitglieder haben Giffey inzwischen zu verstehen gegeben, dass sie sie nicht unbedingt bei jedem Termin ‚Chefinnensache-mäßig‘ an ihrer Seite haben wollen.“, weiß Fahrn zu berichten. Giffey schaut sich alle Termine der Senatsmitglieder genau an und entscheidet dann, wo sie dabei sein will und wo nicht.

Wenn die für die Schulen und Kitas zuständige Senatorin irgendwo eine Kita einweihet, ist das Medieninteresse relativ gering, wenn die Regierende Bürgermeisterin dabei ist, sieht die Sache schon anders aus. Eigentlich eine Win-Win-Situation für das Thema. Die Senatoren der Grünen und Linken würden aber lieber gern allein ihre Projekte vorstellen, wie sollen sie und ihre Parteien sich sonst profilieren.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, zu erfahren, was ihre Regierung vorhat und umsetzt. Und der Regierungschef ist das Aushängschild, also hat er auch präsent zu sein. Nichts wäre schlimmer, als wenn wir fragen müssten, „Wo ist eigentlich...?“

Ed Koch